

Für ein gutes Miteinander

gegen Ausgrenzung, Abschiebung und Diffamierung



Sozialforum Dortmund 11.02.2025

Niemand der Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen, verlässt seine Heimat freiwillig, wie e z.B. ein Backpacker tut, der nach dem Abi durch die Welt reist und irgendwo feststellt, hier ist es schön, hier möchte ich bleiben – obwohl dies auch jedem Menschen zugestanden sein sollte. Die Menschen, die nach Deutschland kommen, tun dies aus Not.

Wir in Deutschland tragen, als einer der reichsten Konsum- und Industriestaaten, vielfältig zur Fluchtnotwendigkeit aus Nahost und Afrika bei:

- durch Waffenlieferungen in afrikanische und Nahost Kriegs- und Krisengebiete. Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt
- durch Ausbeutung dieser Länder bis hin zur Kinderarbeit mit Gesundheitsschäden und geringer Lebenserwartung statt struktureller Unterstützung zum Aufbau einer eigenen Wirtschaft
- durch unverantwortliche Schädigung des Klimas, was das Leben in zunehmend mehr Regionen Afrikas unmöglich macht. Wir in den reichen Konsum- und Industrieländern tragen erheblich zu dieser Umweltverschmutzung bei, die wirklich armen Länder so gut wie gar nicht.

Für fast alle geflüchteten Menschen ist der Wechsel aus ihren Herkunftsländern nach Deutschland ein großer und nicht nur kultureller Schock, der zu den unverarbeiteten Flucht- und Kriegserlebnissen hinzukommt. Verzweiflung und Aggression bis zur Gewalt sind Folgen, die wir zutiefst bedauern und wo im Nachhinein oft eine psychische Erkrankung festgestellt wurde. Nachvollziehbar auf dem Hintergrund oft vielfacher Gewalterfahrung im Herkunftsland, auf der Flucht, in Aufnahmelagern. Hinzu kommt, dass über Gewalttaten durch Migranten in der Presse viel größer, dramatischer und angsteinflößender berichtet wird als über andere Verbrechen. Das schürt die Angst in der Bevölkerung. Politische Forderungen nach Begrenzung und Abschiebung erfahren so größere Akzeptanz. Statt dessen brauchen geflüchtete Menschen viel mehr an Hilfe bei der Aufarbeitung und der Integration, als wir derzeit geben.

Die Sozialleistungen, auch das Bürgergeld, (vormals Hartz IV genannt) gibt es nur, wenn einer schon im Gesetz streng formulierten Arbeitspflicht nachgegangen, mit dem Jobcenter kooperiert und jede zumutbare Arbeit gesucht und angenommen wird. Andernfalls wird der Regelsatz schrittweise gekürzt – sogar die vollständige Streichung des Regelsatzes wird verhängt. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind alles andere als üppig; sie bleiben deutlich noch unter dem Niveau des Bürgergeldes, welches zum Leben nicht wirklich reicht. In manchen Städten und Kreisen wird dafür gemeinnützige Arbeit für 80 Cent die Stunde verlangt. Zusätzlich werden die Empfänger obendrein vielfach in der Verwendung des Geldes durch sog. Bezahlkarten eingeschränkt. Von den Regelsätzen müssen nicht nur Essen und Trinken, Kleidungsersatz, auch Verkehrsmittel müssen davon bezahlt werden, wobei Bus und Bahn in vielen Regionen etwas günstiger angeboten werden. Krankenhilfe einschl. Zahnersatz [gibt es](#) genauso wie für jeden von uns gesetzlich Versicherten. Besser gestellt sind nur privat Versicherte, zu denen Geflüchtete genauso wenig zählen wie die meisten von uns.

Und selbst wenn die deutschen Leistungen im Vergleich mit anderen europäischen Ländern doch noch attraktiver sein sollten, so weiß man doch aus der Migrationsforschung, dass die Sozialleistungen des Gastlandes als Pull-Faktor kaum eine Rolle spielen. Selbst der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags weist darauf hin, dass die Gründe für Flucht und Migration wesentlich komplexer sind. Nach dem „Dublin3-Abkommen“ werden Geflüchtete in das 1. sichere Land ihres Aufenthaltes zurückgeschickt, in dem sie Hilfe bekommen können. Der Familiennachzug ist mit gesetzlicher Regelung sehr beschränkt.

Die zutiefst bedauerliche Tatsache, dass geflüchtete Menschen in der Türkei und in Griechenland ohne Perspektive in menschenunwürdig gestalteten Lagern zusammengepfercht werden, und sich rechtsextrem regierte Länder wie Ungarn und Österreich dem Problem entziehen, entbindet uns, die wir in Deutschland in einem der reichsten Länder der Welt leben, nicht aus unserer Verantwortung, obwohl wir durchaus vielfach selbst profitieren.

Es sind nicht nur die 6.000 syrischen Ärzte, die in unseren Krankenhäusern arbeiten, auch all die anderen, die an vielen Stellen wohl integriert arbeiten, sollen verschwinden, Zig- tausend Pflegekräfte aus der ganzen Welt, die sich um kranke bzw. pflegebedürftige Menschen kümmern, tausende Arbeiter auf Baustellen sollen ausreisen. Es gib

niemanden, der sie ersetzen könnte. Stattdessen gibt es noch viel mehr Arbeitsbereiche, die dann nicht mehr funktionieren würden. Die Aufzählung ließe sich beliebig verlängern.

Der Punkt ist: Ohne „Zustrom“, also geregelte Zuwanderung, viel Aufwand fürs Integrieren und Toleranz gegenüber allem Fremden wäre es mit unserem Wohlleben und unserer sozialen Sicherheit bald vorbei. Richtig Angst vor der Zukunft müsste man haben, wenn die Zuwanderung aufhörte. Dann hätte Deutschland keine Zukunft mehr. Berufe erfordern Qualifikation. Arbeitskräfte sind nicht einfach austauschbar. Deutsche Arbeitslose könnten diesen Mangel nicht ausgleichen.

Wozu das Ganze?

Wir sind wirtschaftlich in einer Rezession. Werke werden geschlossen oder entlassen viele Arbeitnehmer:innen. Das zieht weitere Insolvenzen mit Entlassungen und Arbeitslosigkeit nach sich und schlimmeres: In Osnabrück (VW) und Görlitz (Waggonfabrik) werden demnächst Rüstungsgüter produziert. Trotz dieser wahrlich schlimmen Perspektive steigt die Arbeitslosigkeit.

Wir haben in Deutschland ein Verteilungsproblem, kein Migrationsproblem!

Trotz der aktuellen Rezession werden Reiche in Deutschland immer reicher.

Die mehr als 200 Milliardenvermögen im Land belaufen sich zusammengerechnet auf mindestens 1.400 Milliarden Euro, möglicherweise sogar noch deutlich mehr. Das entspricht einem Drittel bis der Hälfte des jährlichen deutschen Inlandsprodukts (BIP) und verteilt sich auf lediglich rund 4.300 sehr reiche Haushalte. Seitdem die Vermögenssteuer nicht mehr erhoben wird (1997), sind dem Staat so rund 400 Milliarden Euro an Einnahmen entgangen. Die Forderung nach einer Wiedereinführung einer Vermögensbesteuerung taucht zwar immer mal wieder in Wahlprogrammen auf, ist bislang aber regelmäßig am Widerstand maßgeblicher Kreise gescheitert. Damit das so bleibt und niemand daran rührt, werden Schuldige gesucht und gefunden: Die Ausländer!

Der Streit um das „Zustrombegrenzungsgesetz“

Seit den empörenden Vorgängen vorletzte Woche im Bundestag verbietet es sich, noch länger Herrn Merz und seine CDU zu wählen. Schon der von der CDU eingebrachte Gesetzentwurf war schrecklich: Vorgesehen war, den Familiennachzug für bestimmte Flüchtlingsgruppen komplett auszusetzen und künftig neu hinzukommende Flüchtlinge an den Grenzen konsequent abzuweisen - auch wenn dies eine massive Verletzung deutschen und europäischen Rechts bedeutet.

Schlimmer noch war die Vorgehensweise der CDU bei den Beratungen im Parlament. Weil eine dringende Notwendigkeit zum Handeln gegeben sei, bestand Merz auf einer Abstimmung noch am gleichen Tag und erklärte dazu klipp und klar: „Wir machen in der Unionsfraktion das, was wir für richtig halten. Und wenn die AfD zustimmt, dann ist das ihre Sache.“ SPD und die Grünen könnten ja der Vorlage zustimmen, wenn sie verhindern wollten, dass die AfD-Stimmen bei der Abstimmung den Ausschlag geben könnten. Ein Nötigungsversuch, den die Genannten zurecht empört zurückwiesen. Auf eine Kampf Abstimmung über den Gesetzesentwurf zu bestehen, bedeutet einen klaren Wortbruch des CDU-Vorsitzenden. Man wird ihm künftig keinen Glauben mehr schenken, dass eine Brandmauer gegenüber den Rechtspopulisten von der AfD unter seiner Regentschaft Bestand hätte. Wir bekämen ähnliche bedenkliche politischen Verhältnisse wie in Italien oder in den Niederlanden.

Dass Merz bei der Abstimmung im Bundestag am Ende doch noch knapp die Mehrheit verfehlte, verdanken wir allein dem Umstand, dass einige Abgeordnete aus den 4 Fraktionen von CDU, FDP, BSW und AfD doch noch ausscherten und sich enthielten oder sogar dagegen stimmten.

Ist die CDU noch zu retten? Dann müsste sie künftig auf alle populistischen Aktionen verzichten. Uns scheint, dazu sind Merz und seine CDU/CSU weder bereit noch in der Lage.

Vieles, was derzeit passiert, erinnert uns an Vorgänge in der Weimarer Republik 1933. Wir müssen verhindern, dass die CDU bei den Wahlen so viele Stimmen bekommt, dass sie damit drohen können, ihre ausländerfeindliche Politik auch zusammen mit der AfD durchzusetzen.

CDU und AfD dürfen, auch zusammen, nicht mehrheitsfähig werden!



Sozialforum Dortmund unter <https://agora.free.de/sofodo>
V.i.s.d.P. Helmut Szymanski, c/o Sozialforum, Huckarder Str. 10-12, 44147 Dortmund

